Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 171 (2005)

Heft: 5

Artikel: Frühjahrssession : Rüstungsprogramm 2004 zurückgewiesen

Autor: Wirz, Heinrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-69807

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frühjahrssession: Rüstungsprogramm 2004 zurückgewiesen

Umstrittene Transportflugzeuge in Turbulenzen

Nach je dreimaliger Beratung in beiden Kammern lehnte der Nationalrat am 17. März 2005 das Rüstungsprogramm 2004 mit 97 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Streitpunkt war das spanische Transportflugzeug Casa C-295M. Der Ständerat genehmigte die Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes im Kosovo.

Die Schweiz tut sich seit jeher schwer mit ihrer militärischen und zivilen Luftfahrt. Die Swiss/air hat in den letzten vier Jahren eindrücklichen und teuren Anschauungsunterricht geliefert. Insbesondere Flugzeugbeschaffungen für die Armee waren und sind umstritten. Man denke an den so genannten Mirage-Skandal oder an den heftigen Widerstand gegen die Kampfflugzeuge F/A-18 «Hornet», die erst nach der historischen Volksabstimmung von 1993 gekauft werden konnten. Dieses Mal stimmten sonst uneinige Lager gegen die Transportflugzeuge, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen und mit parteipolitischem Gefechtslärm. Die einen wollen die Armee finanziell aushungern und die anderen militärische Auslandeinsätze verhindern. Die linientreuen Befürworter unterlagen trotz allerlei nachgeschobener Begründungen, wie zum Beispiel die Heimschaffung von Schweizern aus der Elfenbeinküste oder die humanitäre Hilfe nach der Flutwelle in Südostasien. Eine sachkundige Minderheit von Parlamentariern forderte vergeblich eindeutige Klarheit über Typenwahl, Beschaffungsarten, kostengünstige Varianten und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern, namentlich Österreich. So entstand der Eindruck, der Ursprung dieses Geschäftes liege im Dunkeln und der Flugzeugtyp sei aus verborgenen Gründen seit 1999/2000 vorgegeben. Die zahlreichen Fragen nach den wirklichen Hintergründen schienen beim VBS an einer Mauer des Schweigens abzuprallen. Causa «Casa»: Omertà?

Rüstungsprogramm 2004

Der Ständerat hatte in der Herbstsession 2004 die 12 so genannten Genie- und Minenräumpanzer vorläufig gestrichen. Er hiess jedoch eine Motion seiner Sicherheitspolitischen Kommission gut, wonach der Bundesrat zu einem Bericht beauftragt werde, wie die Armeeaufträge zu gewichten und mit was für Mitteln die «Aufwuchskerne» auszustatten seien. Die Beschaffung der Genie- und Minenräumpanzer wäre sodann wieder zu erörtern. Der Nationalrat folgte dem Erstrat in der Wintersession 2004, lehnte aber die ständerätliche Motion ab. Die Bezeichnung «Panzer» verursachte offensichtlich Verwirrung, nachdem die Armeespitze Anfang 2004 das vermeintliche Ende der Panzerschlachten in Europa verkündet hatte. Hätte das Verteidigungsdepartement (VBS) nicht gescheiter etwa von splittergeschützten Mehrzweck-Raupenfahrzeugen gesprochen? Für deren Kauf sprechen gute Gründe, vor allem die Ausbildung der dafür rekrutierten Panzersappeure, die Beweglichkeit der mechanisierten Verbände und die Verwendbarkeit bei Naturkatastrophen.

Gemäss Verlautbarungen aus dem VBS ist zu erwarten, dass die Landesregierung die mehrheitlich unbestrittenen Teile des Rüstungsprogrammes 2004 in einer zweiten Fassung beiden Räten in der kommenden Sommersession vorlegen wird. Es handelt sich um den Einbezug des Data Link der Kampfflugzeuge F/A-18 in das Luftraumüberwachungs- und Einsatzleitsystem FLORAKO, um Simulationsgeräte für die Gefechtsausbildung (SIMUG) sowie um ballistische Helme und Betriebsstoff-Betankungsbehälter. Die SVP-Fraktion sowie Nationalrat Kurt Wasserfallen (FDP/BE) und Ständerat Theo Maissen (CVP/GR) unterstützen dieses Vorgehen mit entsprechenden Motionen. Anschliessend würde dann das Rüstungsprogramm 2005 folgen.

Swisscoy und Finanzen

Die kleine Kammer genehmigte neben anderen Auslandeinsätzen (UNHCR/Indonesien:Lufttransport; EUFOR/Bosnien: Lufttransport) als Erstrat einstimmig die Verlängerung des Einsatzes der «Swiss Company» (Swisscoy) als Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR) bis Ende 2008, das heisst über die laufende Legislaturperiode 2003-2007 hinaus. Der Nationalrat wird diese Vorlage in der Sommersession behandeln. Seine Sicherheitspolitische Kommission beantragt Zustimmung mit 17 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Seit Oktober 1999 ist die Swisscoy im Kosovo im Grossraum Prizren stationiert. Die höchstens 220 Armeeangehörigen wurden ab Oktober 2002 mit persönlichen Waffen ausgerüstet. Seit dann verfügt die Swisscoy über einen mechanisierten Infanteriezug mit Radschützenpanzern «Piranha» und über Transporthelikopter «Super Puma».

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates beantragt mit 12 zu 11 Stimmen (Stichentscheid des Präsidenten) der Spezialkommission für die Behandlung des Entlastungsprogrammes 2004, auf die Kürzungen bei der Armee zu verzichten (2006/2007/2008: 117/165/165 Millionen Franken). Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass der Landesverteidigung schon genügend Mittel entzogen worden sind. Die Schmerzgrenze sei überschritten. Weitere Kürzungen hätten wegen des Investitionsverzichtes schwer wiegende Auswirkungen auf die nicht mehr übereinstimmenden Aufträge und Mittel der Armee. Unbedingten Vorrang hat demgegenüber das durch das Parlament gesetzte Budgetziel für die Befürworter des Entlastungsprogrammes, die mit der Fassung des Ständerates einverstanden sind.

Mangel an Lehrpersonal

Nationalrat J. Alexander Baumann (SVP/TG) fragte auf Grund eines Zeitungsartikels (NZZ 9. März 2005), ob als fähige Truppenführer ausgewiesene Milizoffiziere durch das zeitaufwändige obligatorische Nachdiplomstudium künftig von der Beförderung zum Höheren Stabsoffizier ausgeschlossen würden. Der Bundesrat antwortete, er halte «mit Überzeugung am Milizprinzip fest». Dieses werde mit dem neuen Führungslehrgang III in keiner Art und Weise in Frage gestellt. Er werde sich weiterhin vorbehalten, auch Höhere Stabsoffiziere zu ernennen, die keinen Führungslehrgang III besucht haben. Der gleiche Parlamentarier fragt die Landesregierung nach Kündigungen, Stimmung, Unterbeständen und mangelndem Nachwuchs bei den Berufsoffizieren und -unteroffizieren. Wäre es angesichts der misslichen Lage im Instruktionskorps nicht angezeigt, die Miliz wieder vermehrt in die Ausbildung einzubeziehen?

In einer Anfrage stellt Nationalrat Boris Banga (SPS/SO) auf Grund von Truppenbesuchen fest, dass der Bestand an militärischem Lehrpersonal für die Grundausbildung der Rekruten nicht genügt. Dabei sei die heutige Anzahl höher, als die ab 2006 verfügbaren Stellen. Er beanstandet die Vermischung von selbst in Ausbildung stehenden Berufsmilitärs mit den Stellenplänen ihrer Organisationseinheiten. Beide Parlamenterier nehmen eines der Hauptprobleme der Armee XXI ins Visier: Ohne genügend und gute Instruktoren wird zumindest die grundlegend umgestaltete Ausbildung in der Armee XXI scheitern.

Heinrich Wirz, Oberst a D,
Militärpublizist, Bundeshaus-Journalist,
3047 Bremgarten